



Bundesanzeiger

Herausgegeben vom
Bundesministerium der Justiz

Die auf den folgenden Seiten gedruckte Bekanntmachung entspricht der Veröffentlichung im Bundesanzeiger.

Daten zur Veröffentlichung:

Veröffentlichungsmedium: Internet
Internet-Adresse: www.bundesanzeiger.de
Veröffentlichungsdatum: 03. Dezember 2013
Rubrik: Jahresabschlüsse/Jahresfinanzberichte
Art der Bekanntmachung: Jahresabschlüsse
Veröffentlichungspflichtiger: Gontard & MetallBank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main
Fondsname:
ISIN:
Auftragsnummer: 130612024885
Verlagsadresse: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Amsterdamer Straße 192,
50735 Köln

Dieser Beleg über eine Veröffentlichung im Bundesanzeiger hat Dokumentencharakter für Nachweiszwecke. Wir empfehlen daher, diesen Beleg aufzubewahren. Zusätzliche beim Verlag angeforderte Belege sind **kostenpflichtig**.


Gontard & MetallBank
AKTIENGESELLSCHAFT IN INSOLVENZ

Gontard & MetallBank Aktiengesellschaft

Frankfurt am Main

Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 17.05.2010 bis zum 16.05.2011

Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 17. Mai 2010 bis 16. Mai 2011

Vorbemerkung

Am 14. Mai 2002 wurde durch den Vorstand der Gontard & MetallBank AG die Überschuldungsanzeige beim Amtsgericht Frankfurt am Main eingereicht. Das Amtsgericht Frankfurt am Main eröffnete am 17. Mai 2002 auf Antrag der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vom 16. Mai 2002 über das Vermögen der Gontard & MetallBank AG das Insolvenzverfahren wegen Überschuldung. Rechtsanwalt Dr. Klaus Pannen, Frankfurt am Main, wurde zum Insolvenzverwalter bestellt.

Die Aufstellung des Jahresabschlusses zum 16. Mai 2011 und des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2010/2011 hat sich infolge der erst am 5. April 2012 erfolgten Bestellung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 17. Mai 2009 bis 16. Mai 2010 verzögert. Dadurch verzögerten sich auch die nachfolgenden Abschlüsse der nachfolgenden Geschäftsjahre. Der Abschluss des Geschäftsjahres vom 17. Mai 2010 bis 16. Mai 2011 erfolgte im April 2013.

Für die Aufstellung des Abschlusses für das Geschäftsjahr 2010/2011 wurden wertaufhellende Ereignisse bis Ende März 2013 berücksichtigt.

Geschäftsverlauf

Die Verwertung der vorhandenen Vermögensmassen ist im Geschäftsjahr 2010/2011 weiter fortgeschritten.

Aus aufsichtsrechtlichen Gründen wurde seit Eröffnung des Insolvenzverfahrens kein Neugeschäft mehr generiert.

Die Gläubigerversammlung hat beschlossen, den Bankbetrieb nur im Rahmen der Abwicklung aufrechtzuerhalten.

Die Bewertung der im Jahresabschluss erfassten Vermögensgegenstände und Schulden erfolgte im Hinblick auf die Abwicklung der Bank insoweit unter Abkehr vom Grundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

Der Gläubigerausschuss ist im vollen Umfang in das Verfahren eingebunden und wird fortlaufend unterrichtet.

Der Insolvenzverwalter berichtet gegenüber dem aufsichtsführenden Amtsgericht Frankfurt am Main, Insolvenzgericht, in halbjährlichem Turnus. Bisher sind zum 12. August 2002, zum 12. Februar 2003, zum 12. August 2003, zum 12. Februar 2004, zum 12. August 2004, zum 12. Februar 2005, zum 12. August 2005, zum 12. Februar 2006, zum 12. August 2006, zum 12. Februar 2007, zum 6. August 2007, zum 12. Februar 2008, zum 12. August 2008, zum 12. Februar 2009, zum 11. August 2009, zum 12. Februar 2010, zum 12. August 2010, zum 12. Februar 2011, zum 12. August 2011, zum 12. Februar 2012 und zum 12. August 2012 entsprechende schriftliche Berichte erteilt worden.

Die Verfahrenskosten gemäß § 54 Nr. 1 und 2 InsO können noch nicht exakt bemessen werden. Auch die sonstigen Masseverbindlichkeiten gemäß § 55 Abs. 1 InsO sind zurzeit noch nicht ausreichend konkret zu beziffern.

Geschäftstätigkeiten

Alle Dienstleistungsverträge, die nicht unmittelbar der Aufrechterhaltung des Bankbetriebes dienen, wurden nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens gekündigt. Dazu gehörten auch die mit diversen Anbietern abgeschlossenen IT-Verträge, die zur Abwicklung einzelner Geschäftstätigkeiten notwendig waren. Zur Erfassung der Buchhaltungsdaten ist seit dem 1. Juli 2003 ein Finanzbuchhaltungsprogramm der Fa. HS-Hamburger Software GmbH & Co. KG im Einsatz.

Hierüber wird auch die Skontrierung der noch vorhandenen Kundenkontenumsätze gebucht.

Die Abwicklung von Wertpapierdepots einzelner Kunden, deren Bestände überwiegend zur Sicherheit noch nicht zurückgezahlter Kredite dienen, wird durch eine selbstentwickelte Access-Datenbank unterstützt.

Mitarbeiter

Zu Beginn des Insolvenzverfahrens am 17. Mai 2002 waren 211 Mitarbeiter bei der Bank beschäftigt. Nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens wurde ein Abwicklungsteam aus 71 Mitarbeitern rekrutiert, um eine ordnungsgemäße Abwicklung der Bank zu gewährleisten. Die Zahl der Mitarbeiter wurde seitdem kontinuierlich reduziert.

Im Geschäftsjahr 2010/2011 waren durchschnittlich 3 Mitarbeiter beschäftigt, zum Bilanzstichtag 16. Mai 2011 betrug die Zahl der Beschäftigten 3.

Ein Sozialplan wurde im August/September 2002 zwischen dem Betriebsrat der Bank und dem Insolvenzverwalter geschlossen. Der Sozialplan sieht vor, dass insgesamt das zweieinhalbfache des Monatsverdienstes (§ 10 KSchG) eines Mitarbeiters, der unter den Geltungsbereich des Sozialplans fällt, ausbezahlt wird. Eine entsprechende Rückstellung wurde gebildet. Der Sozialplan wurde in enger Kooperation mit dem Betriebsrat erarbeitet. Die gebildeten Rückstellungen wurden inzwischen für die Erfüllung der Leistungen des Sozialplanes verbraucht.

Insolvenzforderungen

Im Geschäftsjahr 2010/2011 wurde eine Abschlagszahlung in Höhe von 57 % an Gläubiger, deren Forderungen nach weiteren Prüfungen festgestellt waren, ausgezahlt. Die Abschlagszahlung hatte ein Volumen von € 0,9 Mio.

Die Insolvenzquote beläuft sich bisher auf rd. 57 %. Eine exakte Bezifferung der endgültigen Quote kann aufgrund von Unwägbarkeiten bei noch offenen Forderungen und Verfahren nicht vorgenommen werden.

Aufrechterhaltung des Zahlungsverkehrs

In Absprache mit der Deutschen Bundesbank sind die Konten der Bank nach Insolvenzeröffnung unter der bisherigen BLZ weitergeführt worden. Am 5. Juni 2008 wurde ein Antrag auf Löschung der Bankleitzahl gestellt. Am 8. September 2008 wurde daraufhin die Löschung der Bankleitzahl durch die Deutsche Bundesbank vorgenommen.

Für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs sind mit der Deutschen Bank PGK AG Vereinbarungen über den Lastschrifteneinzug und die Guthabenverzinsung getroffen worden. In Absprache mit dem Gläubigerausschuss ist ein den spezifischen Anforderungen der Abwicklung genügendes Bankkontensystem entwickelt worden.

Wertpapierdepots

Bei den wenigen im Geschäftsjahr 2010/2011 vorhandenen Wertpapierdepots handelt es sich um Kundendepots. Einzelne Kundendepots dienen als Sicherheit für noch nicht zurückgezahlte Kredite. Für einzelne Kundendepots wurden bisher keine Depotübertragungsanträge gestellt. Die Anzahl der Wertpapierdepots konnte durch die Übertragung an andere Banken im Geschäftsjahr weiter reduziert werden.

Verwertung der Kreditforderungen

Schwerpunkt der Abwicklung im Geschäftsjahr 2010/2011 war weiterhin die Verwertung von Kreditforderungen (Firmenkredite, Baufinanzierungen, Kontokorrentkredite u.a.). Hierzu wurden unter Leitung des Insolvenzverwalters spezielle Teams aus Rechtsanwälten und Bankmitarbeitern gebildet, die in regelmäßigen Besprechungen die einzelnen Verwertungsmaßnahmen beschließen. Im Geschäftsjahr 2010/11 wurden die Kundenforderungen durch Rückzahlungen um T€ 364 vermindert.

Neben den erforderlichen Einzelwertberichtigungen für akute Adressenausfallrisiken wurde für die Forderungen aus dem Kreditgeschäft eine angemessene Pauschalwertberichtigung wegen latenter Risiken gebildet.

Verwertung des Wertpapiereigenbestands

Die Verwertung des Wertpapiereigenbestandes der Schuldnerin verläuft weiter plangemäß.

Unterstützung der Einlegerentschädigung

Der Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken ist weiterhin im Rahmen der Einlegerentschädigung tätig.

Abwicklung der Inhaberschuldverschreibungen

Die Forderungen aus Inhaberschuldverschreibungen der Bank sind nach dem Statut des Einlagensicherungsfonds nicht einlagengesichert. Für diese Gläubiger wurde auf der Grundlage des Gesetzes betreffend die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen eine Versammlung der Inhaberschuldverschreibungsgläubiger durchgeführt, auf der am 29. Juli 2002 Herr Rechtsanwalt Klaus Niding zum gemeinsamen Vertreter gewählt wurde. Die Inhaberschuldverschreibungsgläubiger nehmen als Insolvenzgläubiger über ihren gemeinsamen Vertreter am Verfahren teil.

Prozesse

Die zum Zeitpunkt der Eröffnung des Insolvenzverfahrens anhängigen Aktivprozesse sind weitgehend fortgeführt worden. Nach Insolvenzeröffnung hat der Insolvenzverwalter zudem zahlreiche neue Aktivprozesse eingeleitet. Dabei geht es überwiegend um Leistungsklagen auf Rückzahlung von Forderungen aus Darlehensverträgen.

Zum Zeitpunkt der Insolvenzeröffnung anhängige Passivprozesse wurden gemäß § 240 ZPO unterbrochen. Forderungen gegen die Gontard & MetallBank AG i. I., die sich aus dem Zeitraum vor Insolvenzeröffnung ergeben, wurden als Insolvenzforderungen (§ 38 InsO) zur Insolvenztabelle angemeldet. Soweit der Insolvenzverwalter einzelne Forderungen nach Prüfung im Einzelfall bestritten hat, haben einige der Gläubiger Klagen auf Feststellung ihrer Forderungen zur Insolvenztabelle erhoben.

Besonders erwähnenswert unter diesen Passivprozessen sind Prospekthaftungsklagen, die sich auf einen von der Gontard & MetallBank AG im Jahre 2001 erstellten Prospekt für eine Wandelschuldverschreibung beziehen. Von Klägerseite wird die Unrichtigkeit/Unvollständigkeit des Prospekts geltend gemacht. Insofern sind zahlreiche Forderungen zur Insolvenztabelle angemeldet worden. Nach Prüfung der Forderungen hat der Insolvenzverwalter diese Forderungen aus angeblicher Prospekthaftung in vollem Umfang bestritten. Daraufhin sind Insolvenzforderungen im Umfang von insgesamt knapp € 25 Mio im Rahmen von Feststellungsklagen geltend gemacht worden. In diesem Zusammenhang sind auch Klagen gegen ein die Emission mitbegleitendes anderes Kreditinstitut sowie den zwischenzeitlich insolventen Emittenten erhoben worden. Die von ca. 250 Klägern angestrebte Sammelklage wurde inzwischen vom Gericht abgewiesen. Das Urteil ist rechtskräftig.

Weitere Passivprozesse betreffen insbesondere Einzelfälle angeblich fehlerhafter Anlageberatung durch Mitarbeiter der Gontard & MetallBank AG vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Auch hier sind die Erfolgsaussichten als sehr niedrig einzustufen, da der Kundenstamm der Gontard & MetallBank AG überwiegend aus sachkundigen und spekulativ einzuordnenden Anlegern bestand.

Die Zahl der Aktivprozesse hat sich weiter verringert. Gegen die ehemaligen Organträger der Gontard & MetallBank AG wurden Klagen erhoben. Die Verfahren durch verschiedene Instanzen sind inzwischen abgeschlossen. Es wurden keine Urteile gegen die Organträger erwirkt.

Die im März 2008 gegen einen Bescheid des Finanzamtes Frankfurt wegen Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag vor dem Hessischen Finanzgericht erhobene Klage, die einen Steuerbescheid aus der Betriebsprüfung der Jahre 1999 und 2000 zur Körperschaftsteuer des Jahres 1999 betrifft, wurde mit Urteil vom 12. November 2012 abgewiesen.

Ich bin der Ansicht, dass für die Risiken aus den bestrittenen Forderungen, die zur Insolvenztabelle angemeldet wurden, auf Basis einer sachgerechten, realistischen Schätzung, welche die aktuell verfügbaren Informationen berücksichtigt, ausreichend Risikovorsorge getroffen wurde. Aufgrund der inhärenten hohen Unsicherheit der abgegebenen Schätzungen können sich jedoch noch Auswirkungen auf die folgenden Geschäftsjahre ergeben.

Zinsen auf Insolvenzforderungen

Die Forderungen der Insolvenzgläubiger werden, sofern sie als Insolvenzforderung anerkannt sind, ab Insolvenzeröffnung gemäß § 39 Abs. 1 Nr. 1 InsO verzinst. Die Zinsen sind im Sinne des § 39 InsO nachrangige Forderungen. Nach Lage des vorhandenen Vermögens kann mit einer Bedienung der nachrangigen Forderungen nicht gerechnet werden.

Bei den Insolvenzforderungen des Einlagensicherungsfonds sowie der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH wurden bis zum 31. August 2002 (Datum der Entschädigung der Einleger) die ursprünglichen vertraglichen Zinssätze der Einlagen bei der Zinsermittlung angesetzt.

Ab dem 1. September 2002 werden die Zinsen mit dem Verzugszinssatz nach § 288 BGB errechnet.

Die zu entschädigenden Forderungen aus begebenen Inhaberschuldverschreibungen werden mit dem vertraglichen Zinssatz bis Laufzeitende der den Forderungen zugrundeliegenden Serie der Inhaberschuldverschreibung und danach mit dem Verzugszinssatz nach § 288 BGB verzinst.

Alle weiteren Insolvenzforderungen werden mit dem Verzugszinssatz nach § 288 BGB verzinst.

Ertragslage

Die Bank weist im Geschäftsjahr vom 17. Mai 2010 bis 16. Mai 2011 ein negatives Zinsergebnis von € 16,9 Mio aus. Dabei stehen Zinserträgen von € 2,3 Mio Zinsaufwendungen von € 19,2 Mio gegenüber, die fast ausschließlich nachrangige Zinsen i.S.d. § 39 Abs. 1 Nr. 1 InsO betreffen.

Gegenüber dem Vorjahr beträgt der Personalaufwand nahezu unverändert € 0,3 Mio. Die anderen Verwaltungsaufwendungen haben sich von 1,7 Mio € auf 3,1 Mio € erhöht. Der Posten enthält im Wesentlichen Kosten für die Abwicklung der Bank. Die sonstigen betrieblichen Erträge haben sich von € 2,8 Mio auf € 0,5 Mio vermindert.

Das Bewertungsergebnis von € 0,7 Mio ist fast ausschließlich durch Zuführungen zu Wertberichtigungen auf das Kreditgeschäft begründet. Verwertungserlöse von im Geschäftsjahr 2010/2011 zugeflossenen Aktien, welche die Bank aufgrund eines nachgebesserten Umtauschangebotes im Rahmen eines aktienrechtlichen Spruchverfahrens geltend gemacht hat, führten zu einem außerordentlichen Ertrag von € 1,4 Mio.

Nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses und des außerordentlichen Ergebnisses verbleibt ein Jahresfehlbetrag von € 19,2 Mio.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Bank hat sich gegenüber dem Vorjahresstichtag um € 18,2 Mio auf € 618,0 Mio zum Bilanzstichtag 16. Mai 2011 erhöht. Dies ist im Wesentlichen auf die Passivierung nachrangiger Zinsen bei gleichzeitiger Erhöhung des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrags zurückzuführen. Die Kundenforderungen reduzierten sich insbesondere durch Rückzahlungen um € 0,3 Mio auf € 0,5 Mio. Die Forderungen an Kreditinstitute haben sich von € 157,2 Mio auf € 156,5 Mio geringfügig verringert. Unter den sonstigen Vermögensgegenständen (€ 0,4 Mio) werden hauptsächlich Forderungen aus der Rückerstattung von Kapitalertragsteuern ausgewiesen. Die Einzel- und Pauschalwertberichtigungen für Forderungen aus dem Kreditgeschäft sind in angemessener Höhe gebildet, sie sind von den Kundenforderungen abgesetzt.

Aufgrund der Kapitalisierung von nachrangigen Zinsen im Sinne des § 39 Abs. 1 Nr. 1 InsO haben sich im Stichtagsvergleich auf der Passivseite die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um € 0,7 Mio auf € 17,7 Mio, die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, welche fast ausschließlich gegenüber den Einlagensicherungseinrichtungen bestehen, um € 16,9 Mio auf € 553,5 Mio und die verbrieften Verbindlichkeiten um € 0,3 Mio auf € 7,3 Mio erhöht. Die sonstigen Verbindlichkeiten haben sich um € 0,5 Mio auf € 37,8 Mio erhöht. Dabei stehen Kapitalisierungen der nachrangigen Zinsen im Sinne des § 39 Abs. 1 Nr. 1 InsO von € 1,4 Mio Abschlagzahlungen auf zuvor festgestellte Tabellenforderungen von € 0,9 gegenüber. Die Rückstellungen

haben sich aufgrund von Auflösungen und Verbrauch um € 0,2 Mio auf € 1,6 Mio vermindert. Die Rückstellungen entfallen fast ausschließlich auf andere Rückstellungen. Die anderen Rückstellungen betreffen hauptsächlich Rückstellungen wegen bestrittener Insolvenzforderungen, Prozess-, Archivierungs- und Jahresabschlussprüfungskosten sowie für Abschlagszahlungen an die Gläubigerausschussmitglieder.

Eigenkapital, Bilanzverlust und nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Durch den Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2010/2011 von € 19,2 Mio hat sich der Bilanzverlust auf € 583,5 Mio zum Bilanzstichtag 16. Mai 2011 erhöht. Der Bilanzverlust von € 583,5 Mio übersteigt das vorhandene Eigenkapital (Grundkapital, Kapitalrücklage und Gewinnrücklagen) von € 122,8 Mio zum Bilanzstichtag 16. Mai 2011 um € 460,7 Mio. Dieser Betrag wird auf der Aktivseite im Posten "Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag" ausgewiesen.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Aufstellung des Jahresabschlusses zum Bilanzstichtag 16. Mai 2011 sind nicht aufgetreten.

Risikobericht und Ausblick

Die Risiken für die künftige Abwicklung der Gesellschaft liegen hauptsächlich in der Verwertung der noch zu liquidierenden Vermögenswerte, insbesondere der Kundenforderungen, und im Ausgang der anhängigen Prozesse. Die Verwertungsdauer bezüglich der Vermögenswerte und die Dauer der Prozesse sind derzeit nicht genauer bestimmbar. Gleiches gilt auch für die Höhe der aus der Verwertung resultierenden Zahlungen und für eine mögliche Inanspruchnahme aus den Prozessen.

Im Hinblick auf das Ziel der Abwicklung der Gesellschaft und die damit einhergehenden stark rückläufigen Geschäftsaktivitäten wurde von der Einrichtung eines Risikomanagementsystems i.S.v. § 25a Abs. 1 KWG, wie es für werbende Kreditinstitute notwendig ist, abgesehen. Die im Rahmen der Abwicklung anfallenden Geschäftsprozesse werden allerdings in angemessenem Umfang gesteuert, überwacht und kontrolliert.

Für die weiteren Geschäftsjahre im Insolvenzzeitraum ist ebenfalls mit Jahresfehlbeträgen zu rechnen, insbesondere auch wegen der Passivierung künftig entstehender nachrangiger Zinsen für die Insolvenzforderungen i.S.v. § 39 Abs. 1 Nr. 1 InsO. Infolgedessen werden sich auch der Bilanzverlust und der auf der Aktivseite der Bilanz auszuweisende nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag erhöhen.

Bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses ist die avisierte Quote für die Insolvenzgläubiger von über 50 % erreicht worden. Die bisherigen Abschlagszahlungen belaufen sich auf insgesamt 57 %.

Eine exakte Bezifferung der endgültigen Quote kann aufgrund der geschilderten Unwägbarkeiten derzeit nicht vorgenommen werden.

Die Verfahrensdauer ist bei einem Insolvenzverfahren dieser Größenordnung nach jetzigem Stand noch weiterhin nicht genau voraussehbar. Aufgrund der sehr komplexen Abwicklung wird der Abwicklungszeitraum derzeit auf zwei Jahre geschätzt.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter (§ 264 Abs. 2 Satz 3 HGB, § 289 Abs. 1 Satz 5 HGB)

Ich versichere nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 02. April 2013

Dr. Klaus Pannen

Insolvenzverwalter der Gontard & MetallBank AG i. I.

Jahresbilanz zum 16. Mai 2011

der Gontard & MetallBank AG in Insolvenz, Frankfurt am Main

Aktivseite

	16.05.2011	16.05.2010
	€	T€
1. Barreserve		
a) Kassenbestand	9.160,78	4
2. Forderungen an Kreditinstitute		
a) täglich fällig	156.454.921,19	157.196
b) andere Forderungen	0,00	0
	156.454.921,19	157.196
3. Forderungen an Kunden	453.660,89	817
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert 0,00 (Vj. 0)		
Kommunalkredite 0,00 (Vj. 0)		
4. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,00	0
5. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0
darunter: an Kreditinstituten 0,00 (Vj. 0)		

	€	16.05.2011 €	16.05.2010 T€	
an Finanzdienstleistungsinstituten 0,00 (Vj. 0)				
6. Sachanlagen		35,00	1	
7. Sonstige Vermögensgegenstände		351.926,29	66	
8. Rechnungsabgrenzungsposten		22.138,91	254	
9. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		460.658.412,50	441.489	
Summe der Aktiva		617.950.255,56	599.827	
Passivseite				
	€	€	16.05.2011 €	16.05.2010 T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		17.745.583,79		17.044
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		0,00		0
			17.745.583,79	17.044
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	305.014,50			
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	11.741,76	316.756,26		318
b) anderen Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	553.160.091,03			536.240
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	0,00	553.160.091,03		0
			553.476.847,29	536.558
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen			7.264.249,81	7.032
4. Sonstige Verbindlichkeiten			37.799.403,16	37.343

	€	16.05.2011 €	16.05.2010 T€
5. Rechnungsabgrenzungsposten		531,09	1
6. Rückstellungen			
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	6.946,00		4
b) andere Rückstellungen	1.656.694,42		1.845
		1.663.640,42	1.849
7. Eigenkapital			
a) gezeichnetes Kapital	49.300.000,00		49.300
b) Kapitalrücklage	67.457.305,66		67.457
c) Gewinnrücklagen			
ca) gesetzliche Rücklage	38.449,15		
cb) andere Gewinnrücklagen	6.037.197,86	6.075.647,01	6.076
d) Bilanzverlust	-122.832.952,67		-122.833
		0,00	0
Summe der Passiva		617.950.255,56	599.827
1. Eventualverbindlichkeiten			
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		8.313,30	8

Frankfurt am Main, den 02. April 2013

Dr. Klaus Pannen

Insolvenzverwalter der Gontard & MetallBank AG i. I.

Gewinn-und-Verlust-Rechnung

der Gontard & MetallBank AG in Insolvenz, Frankfurt am Main

AUFWENDUNGEN

	€	€	17. Mai 2010 bis 16. Mai 2011 €	17. Mai 2009 bis 16. Mai 2010 T €
1. Zinsaufwendungen			19.237.225,61	25.839
Davon gem. § 277 Abs. 5 HGB Abzinsung von Rückstellungen € 0,00 (im Vorjahr T€ 0)				
2. Provisionsaufwendungen			5.172,63	5
3. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	249.491,85			
Ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	33.659,36	283.151,21		
darunter: für Altersversorgung € 3.703,42 (im Vorjahr T€ 5)				
b) andere Verwaltungsaufwendungen		3.113.064,40	3.396.215,61	1.664
				1.962
4. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle An- lagewerte und Sachanlagen			397,00	1
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen			0,00	872
6. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			699.229,68	3.018
7. Ausserordentliche Aufwendungen			2.351,00	0
8. Sonstige Steuern, soweit nicht unter 'Sonstige betriebliche Auf- wendungen' ausgewiesen			748,28	1
Summe der Aufwendungen			23.341.339,81	31.698

	€	€	17. Mai 2010 bis 16. Mai 2011 €	17. Mai 2009 bis 16. Mai 2010 T €
ERTRÄGE				
		€	17. Mai 2010 bis 16. Mai 2011 €	17. Mai 2009 bis 16. Mai 2010 T €
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		1.202.585,40		1.464
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		0,00	1.202.585,40	
				1.464
2. Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			1.086.389,05	22
3. Provisionserträge			3.002,44	2
4. Sonstige betriebliche Erträge			495.588,10	2.796
5. Ausserordentliche Erträge			1.384.717,39	27
6. Jahresfehlbetrag			19.169.057,43	27.387
Summe der Erträge			23.341.339,81	31.698
1. Jahresfehlbetrag			19.169.057,43	27.387
2. Verlustvortrag aus den Vorjahren			564.322.307,74	536.936
3. Bilanzverlust			583.491.365,17	564.323

Frankfurt am Main, den 02. April 2013

Dr. Klaus Pannen

Insolvenzverwalter der Gontard & MetallBank AG i. I.

Kapitalflussrechnung

der Gontard & MetallBank AG in Insolvenz, Frankfurt am Main

	16.05.2011	16.05.2010
	T €	T €
Jahresfehlbetrag	-19.169	-27.387
Aktiva Forderung gegenüber Kunden	363	221
Aktiva Sachanlagen	1	1
Aktiva sonstige Vermögensgegenstände	-286	41
Aktiva Rechnungsabgrenzungsposten	232	-9
Passiva Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	702	718
Passiva Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	16.919	17.573
Passiva verbrieftete Verbindlichkeiten	232	241
Passiva sonstige Verbindlichkeiten	456	11.314
Passiva Rechnungsabgrenzung	0	-2
Passiva Rückstellungen	-185	-3.359
Mittelzufluss/-abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	-735	-648
Mittelzufluss/-abfluss aus der Investitionstätigkeit	0	0
Mittelzufluss/-abfluss aus der Finanzierungstätigkeit	0	0
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	157.199	157.847
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	156.464	157.199

Frankfurt am Main, den 02. April 2013

Dr. Klaus Pannen

Insolvenzverwalter der Gontard & MetallBank AG i. I.

Eigenkapitalspiegel

der Gontard & MetallBank AG in Insolvenz, Frankfurt am Main

	Gezeichnetes Kapital in T €	Kapitalrücklage in T €	Gewinnrücklagen in T €	Bilanzgewinn/- verlust (-) in T €	Summe Eigenkapital in T €
Stand 17.05.2010	49.300	67.457	6.076	-564.322	-441.489
Kapitalerhöhungen/Veräuße- rung eigener Anteile	0	0	0	0	0
Kapitalherabsetzungen/Erwerb eigener Anteile	0	0	0	0	0
Geleistete Ausschüttungen	0	0	0	0	0
Übrige Veränderungen	0	0	0	0	0
Jahresergebnis 16.05.2011	0	0	0	-19.169	-19.169
Stand 16.05.2011	49.300	67.457	6.076	-583.491	-460.658

Frankfurt am Main, den 02. April 2013

Dr. Klaus Pannen

Insolvenzverwalter der Gontard & MetallBank AG i. I.

Anhang zum Jahresabschluss 16.05.2011

Allgemein

Im Geschäftsjahr 2010/2011 wurden die neu anzuwendenden Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) umgesetzt. Die erstmalige Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften erfolgt nach Maßgabe des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch (Artikel 66 f. EGHGB). Für die Gesellschaft ergaben sich aus der Umstellung auf die neuen Vorschriften zum 17. Mai 2010 Ergebnisauswirkungen.

Gemäß § 264 Abs. 1 Satz 2 HGB hat die Bank den Jahresabschluss um eine Kapitalflussrechnung und einen Eigenkapitalspiegel erweitert. Diese wurden in Anlehnung an DRS 2-10 bzw. DRS 7 aufgestellt.

Der Jahresabschluss der Gontard & MetallBank Aktiengesellschaft in Insolvenz, Frankfurt am Main, zum 16. Mai 2011 - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 17. Mai 2010 bis zum 16. Mai 2011, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel - wurde auf der Grundlage der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute erstellt. Ergänzend zu diesen Vorschriften waren die Regelungen des Aktiengesetzes zu beachten. Soweit für Pflichtangaben ein Wahlrecht besteht, diese in der Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang darzustellen, sind diese im Anhang aufgeführt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und Grundlagen für die Umrechnung von Fremdwährungsposten in EURO

Am 17. Mai 2002 wurde nach Überschuldungsanzeige durch den Vorstand der Gontard & MetallBank AG vom 14. Mai 2002 auf Antrag der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vom 16. Mai 2002 durch das Amtsgericht Frankfurt am Main über das Vermögen der Gontard & MetallBank AG das Insolvenzverfahren wegen Überschuldung eröffnet. Die Gläubigerversammlung hat die Betriebsfortführung mit dem Ziel der Abwicklung der Bank beschlossen. Die Betriebsfortführung dient hierbei der Sicherung der Vermögenswerte. Aus aufsichtsrechtlichen Gründen wurde kein Neugeschäft mehr generiert.

Mit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens am 17. Mai 2002 hat ein neues Geschäftsjahr begonnen. Das erste Geschäftsjahr nach Insolvenzeröffnung umfasst den Zeitraum vom 17. Mai 2002 bis zum 16. Mai 2003. Die folgenden Geschäftsjahre umfassen gleichfalls jeweils 12 Monate.

Im Hinblick auf die Entwicklung der Gesellschaft wurden sämtliche Vermögensgegenstände, einschließlich der Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Veräußerung innerhalb eines absehbaren Zeitraums beabsichtigt war oder die nicht mehr dem Geschäftsbetrieb dienen (§270 Abs. 2 Satz 3 AktG), wie Umlaufvermögen bewertet und mit ihren voraussichtlichen bzw. tatsächlichen Veräußerungswerten angesetzt. Die Bewertung der im Jahresabschluss erfassten Vermögensgegenstände und Schulden erfolgte im Hinblick auf die Abwicklung der Bank insoweit unter Abkehr vom Grundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

Wertaufhellende Ereignisse wurden bei der Aufstellung des Jahresabschlusses bis Ende März 2013 berücksichtigt.

Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die aus der erstmaligen Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) entstehenden Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen sind in den außerordentlichen Erträgen ausgewiesen. Der Erstanwendungseffekt aus der Erhöhung der Pensionsrückstellungen wird in den außerordentlichen Aufwendungen ausgewiesen.

Durch Artikelgesetz Art.13 Abs.6 (Änderung sonstigen Bundesrechts) wurde die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) und die entsprechenden Formblätter geändert. Die Bank wendet das neue Formblatt 1 und Formblatt 2 (Kontoform) an.

Gemäß Art. 67 Abs. 8 EGHGB erfolgt die Anwendung der neuen Bilanzierungs- und Bewertungsnormen ohne entsprechende Anpassung der Vorjahreswerte. Infolgedessen sind die Vorjahreszahlen im Jahresabschluss nur eingeschränkt vergleichbar.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Wertansätze in der Eröffnungsbilanz des Geschäftsjahres vom 17. Mai 2010 bis 16. Mai 2011 stimmen mit denen der Schlussbilanz zum 16. Mai 2010 überein.

Die Barreserve ist zum Nennwert angesetzt.

Die Forderungen aus dem Bankgeschäft an Kreditinstitute und Kunden sind mit dem Nennbetrag zuzüglich anteiliger Zinsen bis zum Bilanzstichtag 16. Mai 2011 aktiviert. Soweit die Forderungen mit akuten Ausfallrisiken behaftet sind oder soweit bei ihrer Verwertung mit Verlusten zu rechnen ist, sind sie mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Die für die akuten Ausfallrisiken oder für die Verwertungsverluste gebildeten Einzelwertberichtigungen sind von den Forderungen abgesetzt. Die latenten Risiken wurden durch die Bildung der Pauschalwertberichtigung berücksichtigt.

Die Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere sind zum überwiegenden Teil veräußert. Die zum Bilanzstichtag 16. Mai 2011 noch vorhandenen Wertpapiere sind mit den Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bzw. mit dem bei ihrer Veräußerung im Wertaufhellungszeitraum erzielten Werten angesetzt.

Die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen erfolgte zum Abschlussstichtag 16. Mai 2011 mit den Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bzw. mit den bei ihrer Veräußerung im Wertaufhellungszeitraum erzielten Werten.

Die zum Bilanzstichtag 16. Mai 2011 noch nicht veräußerten und im Insolvenzzeitraum nicht mehr genutzten Gegenstände des Sachanlagevermögens sind unter Beachtung von § 270 Abs. 2 Satz 2 AktG mit den von einem öffentlichen bestellten und vereidigten Versteigerer ermittelten Liquidationswerten bilanziert. Die im Insolvenzzeitraum weiter genutzten Vermögensgegenstände sind mit den um planmäßige Abschreibungen verminderten Anschaffungs- und Herstellungskosten aktiviert. Bei Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung erfolgt eine außerplanmäßige Abschreibung.

Die Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber Kreditinstituten und Kunden wurden mit Ihrem Erfüllungsbetrag einschließlich anteiliger Zinsen bis zum Abwicklungseröffnungsbilanzstichtag am 17. Mai 2002 und zuzüglich nachrangiger Zinsen gemäß § 39 Abs. 1 Nr. 1 InsO passiviert.

Die begebenen Schuldverschreibungen sind mit ihrem Erfüllungsbetrag einschließlich anteiliger Zinsen bis zum Abwicklungseröffnungsbilanzstichtag am 17. Mai 2002 und zuzüglich nachrangiger Zinsen gemäß § 39 Abs. 1 Nr. 1 InsO bilanziert.

Die Berechnung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen zum Bilanzstichtag 16. Mai 2011 erfolgte mittels versicherungsmathematischer Gutachten unter Verwendung eines Rechnungszinsfußes von 5,22 % nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren auf der Grundlage der Sterbetafeln von Dr. Klaus Heubeck 2005 G und unter Berücksichtigung einer laufenden Rentenanpassung von 1,5% und einer Fluktuationsrate von 2%. Aufgrund der vorgesehenen Liquidation der Gesellschaft erfolgt keine Berücksichtigung von erwarteten Gehaltssteigerungen. Die aufgrund der geänderten Bewertung der Pensionen durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) erforderliche Zuführung beträgt zum Jahresende T€ 2. Dabei wurde auf die mögliche Verteilung des Zuführungsbetrages gemäß Art. 67 Abs. 1 des EGHGB auf die nächsten 15 Jahre verzichtet.

Andere Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt, Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit ihrem Barwert. Die verwendeten Abzinsungszinssätze entsprechen den für Mai 2011 veröffentlichten Zinssätzen der Deutsche Bundesbank für die jeweiligen Restlaufzeiten der Rückstellungen. Die für ungewisse Verbindlichkeiten und für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildeten Rückstellungen decken die zu erwartenden Verpflichtungen.

Vor dem Hintergrund der Liquidation der Gesellschaft wurden die Jahresabschlussprüfungskosten bis zur Prüfung der Schlussbilanz sowie die Abschlagszahlungen für die Vergütung der Gläubigerausschussmitglieder zurückgestellt. Die Rückstellungen für Archivierungskosten beinhalten die Zuführung zur Rückstellung für die Kosten der Archivierung gemäß § 273 Abs. 2 AktG. Bei der Berechnung der Rückstellungshöhe ist berücksichtigt, dass mit der geplanten Löschung der Kapitalgesellschaft der bisherige Schuldner der handelsrechtlichen Aufbewahrungspflichten nach § 257 HGB nicht mehr existent ist. Daher begründet für Aktiengesellschaften § 273 Abs. 2 Satz 1 AktG eine gesonderte Hinterlegungspflicht für sämtliche Unterlagen der Gesellschaft, denen eine Dokumentations- und Beweissichtungspflicht zukommt. Die neu beginnende einheitliche Aufbewahrungsdauer für sämtliche Unterlagen beträgt 10 Jahre, auch wenn die teilweise kürzeren Fristen nach § 257 HGB noch nicht abgelaufen sind.

Eventualverbindlichkeiten werden zum Nennbetrag abzüglich gebildeter Rückstellungen ausgewiesen.

Die Fremdwährungsverbindlichkeiten wurden mit dem Devisenreferenzkurs am 16. Mai 2002 umgerechnet. Die Anerkennung als Insolvenzforderung erfolgte nach der Insolvenzzordnung zum Devisenreferenzkurs am 16. Mai 2002. Zum Bilanzstichtag bestanden keine neuen Forderungen und Verbindlichkeiten in Fremdwährung.

Devisentermin- und Swapgeschäfte und andere Geschäfte mit derivativen Finanzinstrumenten bestanden am Bilanzstichtag 16. Mai 2011 nicht.

In der Gewinn- und Verlustrechnung wird von den Verrechnungsmöglichkeiten nach § 340 c Abs. 2 HGB und § 340 f Abs. 3 HGB Gebrauch gemacht.

Der Bank konnte durch die Verwertung von Wertpapieren, welche dieser überwiegend durch die Geltendmachung von Ansprüchen resultierend aus einem verbesserten Umtauschverhältnis im Rahmen eines aktienrechtlichen Spruchverfahrens im Berichtszeitraum zuflossen, außerordentliche Erträge in Höhe von T€ 1.347 realisieren. Weitere außerordentliche Erträge in Höhe von T€ 38 sind durch die Erstanwendung des BilMoG zum 17. Mai 2011 bedingt. Sie resultieren aus der Abzinsung der anderen Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr. Entsprechend der Regelungen des BilMoG wird der Erstanwendungseffekt aus der Erhöhung der Pensionsrückstellungen (T€ 2) im außerordentlichen Aufwand ausgewiesen.

Gliederung von Bilanzpositionen nach Restlaufzeiten

	16.05.2011	16.05.2010
	T €	T €
Forderungen an Kreditinstitute		
täglich fällig	156.455	157.196
bis 3 Monate	0	0
	156.455	157.196
Forderung an Kunden		
täglich fällig	416	773
bis 3 Monate	0	0
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	6	1
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	31	43
mehr als 5 Jahre	0	0
	453	817

Alle begebenen Schuldverschreibungen sowie alle Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden mit Ausnahme der Spareinlagen sind täglich fällig.

Weitere Angaben zu ausgewählten Bilanzposten

Anlagespiegel

Die Entwicklung der Aktien und anderen festverzinslichen Wertpapiere, der Anteile an verbundenen Unternehmen sowie der Sachanlagen ist für das Geschäftsjahr nachstehend aufgeführt.

	Anschaffungskosten T €	Zugang T €	Zuschreibungen T €	Abgang T €	kumul. Abschrei- bungen T €	Abschreibung lfd. Jahr T €
Aktien und andere nicht Festverzinsliche Wertpapiere	0	0	0	0	0	0
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.000	0	0	0	1.000	0
Sachanlagen (nur Betriebs- und Geschäftsausstattung)	279	0	0	179	99	1

	Buchwert 16.5.2010 T €	Buchwert 16.5.2011 T €
Aktien und andere nicht Festverzinsliche Wertpapiere	0	0
Anteile an verbundenen Unternehmen	0	0
Sachanlagen (nur Betriebs- und Geschäftsausstattung)	1	0

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

	16.05.2011 T €	16.05.2010 T €
Börsenfähig und börsennotiert	0	0
Börsenfähig und nicht börsennotiert	0	0
Nicht börsenfähig	0	0
	0	0

Sonstige Vermögensgegenstände

	16.05.2011	16.05.2010
	T €	T €
Steuererstattungsansprüche	342	56
Auf Treuhandkonto gezahlte Abschlagszahlungen	10	10
	352	66

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

	16.05.2011	16.05.2010
	T €	T €
Ausgaben vor dem Bilanzstichtag, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag sind	22	254

Anteile an verbundenen Unternehmen

(Angabe nach § 285 Nr. 11 HGB)	anteiliges Gesellschaftskapital		Beteiligungsquote	Beteiligungsergebnis
	Gesellschaftskapital	schaftskapital		
	T €	T €	%	T €
GMB Research & Consulting GmbH i. I. , Frankfurt am Main	1.000	1.000	100	0

Durch Beschluss des Amtsgerichtes Offenbach wurde das Insolvenzverfahren der GMB Research & Consulting GmbH nach Schlussverteilung am 29. Juni 2010 aufgehoben.

Es bestehen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von T€ 1.103. (einschließlich nachrangiger Zinsen)

Sonstige Verbindlichkeiten

	16.05.2011	16.05.2010
	T €	T €
Nachrangige Zinsen auf anerkannte Insolvenzforderungen	18.358	16.992
Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen sowie Vergleichsvereinbarungen	12.322	13.233
Verbindlichkeiten gegenüber dem Pensions-Sicherungs-Verein	6.379	6.379
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	420	420
Noch abzuführende Zinsabschlagsteuer u. Solidaritätsabgabe	287	287
Gehälter	9	9

	16.05.2011	16.05.2010
	T €	T €
Noch abzuführende Steuern und Sozialabgaben	3	3
Übrige	21	21
	37.799	37.344

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

	16.05.2011	16.05.2010
	T €	T €
Vor dem Bilanzstichtag vereinnahmte Beträge, die nach dem Bilanzstichtag Ertrag werden	0	1

Genussrechtskapital

Das begebene Genussrechtskapital von nominal T€ 583 diene zur Verstärkung des haftenden Eigenkapitals gemäß § 10 Abs. 5 KWG. Aufgrund der in vorangehenden Geschäftsjahren ausgewiesenen Bilanzverluste verminderte sich der Rückzahlungsanspruch jedes Genussscheininhabers auf null. Ausschüttungen auf das Genussrechtskapital erfolgte wegen des Bilanzverlustes nicht. Sofern in künftigen Geschäftsjahren Gewinne erzielt werden, sind die Rückzahlungsansprüche bis zum (ursprünglichen) Nennbetrag aus diesen zu erhöhen und die rückständigen Ausschüttungsansprüche der Genussscheininhaber zu bedienen, bevor eine Gewinnverwendung vorgenommen wird. Rückzahlungsansprüche der Genussrechtsinhaber sind gegenüber Ansprüchen anderer Gläubigern nachrangig.

Das im Umlauf befindliche Genussrechtskapital hat eine Laufzeit vom 30.09.1999 bis zum 30.09.2011 und ist mit einem Zinssatz von 6 % ausgestattet.

Der Rückzahlungsanspruch ist aufgrund des Bilanzverlustes im Geschäftsjahr 0,00 €.

Aktionäre

Der Bank liegen keine Informationen zum Aktionärskreis vor.

Entwicklung des Eigenkapitals

	16.05.2011	16.05.2010
	T €	T €
Gezeichnetes Kapital (49.299.999 Stückaktien)	49.300	49.300
Kapitalrücklage	67.457	67.457
Gewinnrücklagen		
gesetzliche Rücklage	39	

	16.05.2011	16.05.2010
	T €	T €
Rücklage für eigene Anteile	0	39
andere Gewinnrücklagen	6.037	0
Bilanzverlust - soweit durch Eigenkapital gedeckt -	-122.833	6.037
	0	0
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	460.658	441.489

Zum 16. Mai 2011 sind der Bank als Sicherheit keine Aktien der Gontard & MetallBank AG i. I. verpfändet.

Eventualverbindlichkeiten

	16.05.2011	16.05.2010
	T €	T €
Bürgschaften	8	8

Unwiderrufliche Kreditzusagen

Zum Bilanzstichtag 16. Mai 2011 bestanden keine unwiderrufliche Kreditzusagen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag 16. Mai 2011 bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von T€ 187 (Vorjahr T€ 340) aus Mietverträgen und Kfz-Leasingverpflichtungen.

Sonstige Angaben

Mitarbeiter

Zum Bilanzstichtag 16. Mai 2011 sind bei der Bank 3 Mitarbeiter beschäftigt. Dabei handelt es sich um zwei weibliche und einen männlichen Angestellten. Auszubildende sind zum Bilanzstichtag 16. Mai 2011 bei der Bank nicht beschäftigt.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zinsüberschuß

	17.05.2010-16.05.2011	17.05.2009-16.05.2010
	T €	T €
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus festverzinslichen Wertpapieren	1.203	1.464
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	1.086	22
Beteiligungen	0	0
Anteilen von verbundenen Unternehmen	0	0
Zw. Summe Zinserträge	2.289	1.486
Zinsaufwendungen für		
Einlagen	0	0
verbriefte Verbindlichkeiten	0	0
Sonstige	0	0
Nachrangige Zinsen	19.237	25.839
Zw. Summe Zinsaufwendungen	19.237	25.839
Gesamt	-16.948	-24.353

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	17.05.2010-16.05.2011	17.05.2009-16.05.2010
	T €	T €
Zuführungen zu den Wertberichtigungen und Abschreibungen auf Wertpapiere der Liquiditätsreserve	724	3.219
Auflösungen von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen	1	172
Forderungsabschreibungen	9	5
Auflösung von Rückstellungen	0	0
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	33	33
Saldo	699	3.019

Provisionsüberschuß

	17.05.2010-16.05.2011	17.05.2009-16.05.2010
	T €	T €
Wertpapiergeschäft	2	0
Depot- und Verwahrgeschäft	-4	-4
Sonstiges Provisionsgeschäft	0	1
Gesamt	-2	-3

Verwaltungsaufwand

	17.05.2010-16.05.2011	17.05.2009-16.05.2010
	T €	T €
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	249	263
Soziale Abgaben	30	29
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	4	5
Andere Verwaltungsaufwendungen	3.113	1.664
Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	0	1
Gesamt	3.396	1.962

Sonstige betriebliche Erträge / Sonstige betriebliche Aufwendungen

	17.05.2010-16.05.2011	17.05.2009-16.05.2010
	T €	T €
Erträge aus Auflösungen von Rückstellungen	50	1.419
Gewinne/Verluste aus Anlageverkäufen	0	1
Erstattungen von Rechtskosten	429	3
Erträge aus Vergleichsvereinbarungen	15	1.373
Aufwendungen aus Schadenersatzmeldungen und übrige	0	872
Saldo	494	1.924

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung sowie Betriebsergebnis

	17.05.2010-16.05.2011	17.05.2009-16.05.2010
	T €	T €
Zinserträge	1.203	1.464
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nichtfestverzinslichen Wertpapieren	1.086	22
Zinsaufwendungen	19.237	25.839
Zinsüberschuss	-16.948	-24.353
Risikovorsorge Kreditgeschäft	699	3.019
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	-17.647	-27.372
Provisionserträge	3	2
Provisionsaufwendungen	5	5
Provisionsüberschuss	-2	-3
Nettoerfolg aus Finanzgeschäften	0	0
Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen (Saldo)	495	1.924
Verwaltungsaufwand	3.396	1.962
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge	-20.550	-27.413
Außerordentlicher Erträge und Aufwendungen (Saldo)	1.382	27
Sonstige Steuern	1	1
Ergebnis vor Steuern	-19.169	-27.387
Ertragssteuern	0	0
Jahresfehlbetrag	-19.169	-27.387

Organe der Gesellschaft

Ein Aufsichtsrat bestand, hatte aber keine Mitglieder mehr.

Dem Vorstand gehörte bis zu seinem Ausscheiden zum 13. Januar 2008, Herr Lothar Mark an. Nach dem 13. Januar 2008 gehörten dem Vorstand keine Mitglieder mehr an. Am 23. September 2010 wurde Herr Jens Fasking (Mitarbeiter der Bank) mit Beschluss des Amtsgerichts Frankfurt am Main zum Notvorstand der Gesellschaft bestellt.

Aufsichtsratsvergütungen wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht gezahlt.

Für ehemalige Vorstände und ihre Hinterbliebenen sind keine Pensionsrückstellungen gebildet worden. Auch bestanden gegenüber dem Vorstand zum Bilanzstichtag 16. Mai 2011 keine Kreditfinanzierungen und Bürgschaften. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden Zahlungen in Höhe von insgesamt € 626.999,99 an ehemalige Vorstände geleistet.

Pensionsgeschäfte / Sicherheiten

Zum Bilanzstichtag 16. Mai 2011 bestanden keine Pensionsgeschäfte.

Termingeschäfte und derivate Geschäfte

Zum Bilanzstichtag 16. Mai 2011 bestanden keine Termingeschäfte und keine Derivatgeschäfte.

Leistungen für die Abschlussprüfung und Steuerberatung

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden für den Abschlussprüfer keine Honorare berechnet.

Für die Leistung der Steuerberatung wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr Honorare in Höhe von 15.357,04 € berechnet.

Verbandszugehörigkeit

Die Bank war bis zum 16.05.2002 Mitglied des Bankenverbandes Hessen e.V. und gehörte dem Einlagensicherungsfond innerhalb des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. an.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter (§ 264 Abs. 2 Satz 3 HGB, § 289 Abs. 1 Satz 5 HGB)

Ich versichere nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 02. April 2013

Dr. Klaus Pannen

Insolvenzverwalter der Gontard & MetallBank AG i. I.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalpiegel - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Gontard & MetallBank AG in Insolvenz, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 17. Mai 2010 bis 16. Mai 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Insolvenzverwalters der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Insolvenzverwalters sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat mit Ausnahme der folgenden Einschränkung zu keinen Einwendungen geführt: Entgegen § 285 Nr. 9 Buchstabe a) Satz 5 HGB wurden im Anhang die Bezüge des einzigen Notvorstandsmitglieds nicht angegeben.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss mit der genannten Einschränkung den gesetzlichen Vorschriften. Der Jahresabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit einem den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Pflichtgemäß weisen wir auf die Ausführungen des Insolvenzverwalters in den Abschnitten "Vorbemerkung" und "Geschäftsverlauf" des Lageberichtes und im Abschnitt "Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und Grundlagen für die Umrechnung von Fremdwährungsposten in EURO" im Anhang hin, dass sich die Gesellschaft mit Wirkung zum 17. Mai 2002 in Insolvenz befindet und der Jahresabschluss unter Abkehr vom Grundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB) aufgestellt wurde.

Frankfurt am Main, den 3. Mai 2013

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Hans Struwe, Wirtschaftsprüfer
ppa. Dr. Jürgen Kuhlmann, Wirtschaftsprüfer